

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jansowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 318 A

BERLIN • Donnerstag, den 9. Februar 1933

2. JAHRGANG

# Der Kampf um die Einheitsfront.

### AUS DEM INHALT:

- Japans Korruptierungsversuch in Genf.
- Kündigungsschutzgesetz für Angestellte.
- Die Zwiesgespaltenen.
- Sklavengesinnung.
- Folterkammer der herrschenden Klasse.



W—er. Es gibt immer noch Menschen, die meinen, der bürgerliche Klassengegner der Arbeiterschaft bestünde aus Menschen, wie diese selber, und man müsse daher in der Form des Kampfes prinzipiell die gleiche Ebene beschreiten, d. h. einfacher gesagt, Mensch sei Mensch und gegen alle müsse mit geistigen und vornehmen Waffen gekämpft werden. Wie sehr eine solche Betrachtung angesichts der heutigen Wirklichkeit eine blutleere Abstraktion ist, das zeigt die zähe Verbissenheit und die jeder allgemein menschlichen Bildung spottende Rohheit der bürgerlichen Klasse und ihrer Presse, von denen wir hier mit einem Gefühl der Uebelkeit zwei Exemplare zitieren. Das erste ist die „Berliner Börsen-Zeitung“:

„Die restlose Kaltstellung der „Regierung“ Braun-Severing, der die Auflösung des preußischen Landtages auf dem Fuße folgte, wird von der Linkspresse im großen und ganzen recht zurückhaltend kommentiert. Es scheint, daß die kurz zuvor erlassene neue Polizeiverordnung der Reichsregierung mit ihren gegen die staatsfeindliche Agitation gerichteten Maßnahmen auf die Kampfstimmung der sozialdemokratischen und demokratischen Blätter stark abkühlend gewirkt hat. „Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“, noch vor wenigen Tagen wilde Rufer im Streite gegen die „reaktionäre“ Regierung, sind heute von einer geradezu bemerkenswerten Vorsicht und begnügen sich im wesentlichen damit, ihre unmaßgeblichen juristischen Auffassungen über die staatsrechtliche Unhaltbarkeit der letzten Preußenverordnung breitzutreten. Selbstverständlich fehlt es auch nicht an Versuchen, die Leipziger Richter zu beeinflussen und ihren — noch in weiter Ferne liegenden — nächsten Urteilspruch als eine zugunsten der Braun-Severing-Regierung schon jetzt „so gut wie sichere“ Entscheidung zu präjudizieren. Dabei ist die Linkspresse aber peinlichst bestrebt, jedes scharfe Wort gegenüber der Reichsregierung zu vermeiden und den Ton ihrer Polemik auf ein sehr gedämpftes Piano herabzustimmen. Selbst der sozialdemokratische „Vorwärts“, der heute nach dreitägigem Verbot wieder erschienen ist, enthält sich aller Anrempelungen und begnügt sich im wesentlichen damit, für die heutige Lustgartenkundgebung der SPD und für die „Einigkeit der Arbeiterschaft“ in sehr vorsichtigen Worten Stimmung zu machen. Es zeigt sich also wiederum, daß sich jedes wirklich entschiedene und zielbewußte Auftreten einer starken Rechtsregierung ohne weiteres Respekt verschafft und viel mehr zur allgemeinen Beruhigung beiträgt, als Maßnahmen, die nach einer falsch verstandenen „Ueberparteilichkeit“ ausgewogen werden und von Anfang an in Halbheiten stehen bleiben, wie das früher leider häufig der Fall war.“

Dem Schreiber dieser Zeilen eine Belehrung zuteil werden zu lassen, ist selbstverständlich ein hoffnungsloser Versuch am untauglichen Objekt. Wir äußern uns deshalb so „vorsichtig“ über ihn, weil wir uns ihn und seinesgleichen ohnehin für die Zeit gemerkt haben; wo man sich unvorsichtiger äußern kann. Das andere Exemplar sind die „Hamburger Nachrichten“, die stolz sind, daß der Reaktionär Bismarck in ihren Reihen schon im Jahre 1894 die Vernichtung der Sozialdemokratie gefordert hat. Sie sind nämlich besonders erbost darüber, daß Wilhelm Sollmann von Stalin verlangt hat, er solle auch gegenüber der II. Internationale nicht schärfer sein als kapitalistischen Staaten gegenüber, mit denen er Nichtangriffspakte geschlossen hätte: „Bezeichnend, wie hier sich schon ein deutscher Sozialdemokrat unter das Kommando des bolschewistischen Diktators zu stellen bereit ist.“ Richtig fassen die „Hamburger Nachrichten“ auf, leider richtiger als die Arbeiterschaft selber, daß eine gemeinsame Front der Arbeiterparteien für das Bürgertum eine große Gefahr bedeutet. Sie fordern deshalb ihre gesinnungsverwandten Brüder und Schwestern auf, dann in Zukunft wie Pech und Schwefel zusammenzuhalten. Was denn auch letzten Endes der ganze Zweck der Toberei gegen die Arbeiterschaft ist.

Diese beiden Pressestimmen mögen heute genügen. Sie dienen hoffentlich weiter der Belehrung der Genossen, die auf irgend welche Einkehr im bürgerlichen Lager rechnen oder auch auf eine Spaltung dieses Lagers auf gegenseitige Zerfleischung und auf vieles andere. Gewiß sind alle solche Erscheinungen tatsächlich vorhanden: „Kreuzzeitung“, „B. B. Z.“, auch Herr Düstlerberg sogar, der Stahlhelmchef, tönen schon leise Seiten an, daß die Besetzung der Regierungsstellen und anderer Posten ihnen nicht paritätisch genug ist. Die Verschiedenheit zwischen Menschen wie Hitler und Papon, Hugenberg und Göring ist sicher so erheblich, daß die gemeinsame Regierungsfrente nur unter sehr weitherzigem Absehen von einzelnen Wünschen zustandekommen könnte. Aber es ist selbstverständlich, und wir haben es auch immer wieder erlebt, daß in der Frage einer

**gerechten Ordnung der Gesellschaft die gesamte nicht sozialistisch denkende Menschheit gegen die Sozialisten einig ist und wirklich wie Pech und Schwefel zusammenhält.**

Die Lehre daraus ist furchtbar einfach gezogen, wenn auch bisher nicht befolgt worden:  
**Schafft die Einheit der Sozialisten!**

### Ein Entgleister erzählt über moderne Lehrerbildung in Württemberg

H. G. Während man in den andern deutschen Ländern für die Erhaltung der akademischen Lehrerbildung kämpft, bleibt der Württembergischen Lehrerschaft dieser Kampf erspart; denn — was man nicht besitzt, kann man nicht verteidigen. In Württemberg ist man, wie in Vielem, so auch in der Lehrerbildung

noch beim „guten Alten“: bei der Seminarbildung. Junge Menschen mit 14 Jahren werden für 6 Jahre hinter Mauern gesteckt, werden in den Jahren, da der junge Mensch anfängt, die Beziehungen und Geschehnisse in der Welt und unter den Menschen denkend zu erfassen, vom Leben ferngehalten, werden dazu angeleitet, der Buchgelehrsamkeit zu leben, sich intensiv mit der christlichen Sittenlehre und der Philosophie des deutschen Idealismus herumzuschlagen, ohne die geringste Anschauung, ohne eine Spur von dem Erlebnisboden zu haben, der erst solche Arbeit fruchtbar machen würde. Gut werden die jungen Menschen betreut und „erzogen“, so klein und demütig gemacht, wie „gute Beamte“ sein müssen. Trau wird gewacht über dem, womit sie sich beschäftigen; wohlbedacht wird verboten und ausgeschieden, was „ihrem Seelenheil schaden“ könnte, was sie „vom richtigen Weg ablenken“ könnte. Die Erzieher der späteren Volkserzieher haben keinen Glauben an die Kraft im jungen Menschen, durch Wirren, Fragen und Eindrücke selbständig hindurchzufinden. Sie haben keine Ehrfurcht vor der Menschenwürde in diesen jungen Menschen. Ein doppeltes Unrecht geschieht hier: Unrecht an diesen jungen Menschen und Unrecht an den Menschen, deren Lehrer diese so Vorbildeten nachher sein sollen.

Wohlverstanden mit einer Sammlung unterrichtsmethodischer Feinheiten, mit Heftstößen voll philosophischer, psychologischer und pädagogischer Weisheit, mit der Note „gut“ im Wiedergeben des vom Lehrer Vorgetragenen, ebenso mit der Note „gut“ in der Religionslehrprobe; ohne Ahnung von der Welt und den Menschen, wie sie tatsächlich sind, ohne die Fähigkeit, in der Welt zu beobachten — denn diese wurde ja erstlekt; ohne die Fähigkeit, das, was ihnen entgegentritt, klar denkend zu verarbeiten und sich ein Urteil darüber zu bilden — denn ihr Denken wurde ja mit viel Ballast beschwert und tüchtig in engen Gleisen festgefahren, — so treten diese jungen Lehrer nach sechs Jahren ins Leben und in die Arbeit. Halt, — es darf nicht vergessen werden, daß sie meist eine ziemliche Ladung „Idealismus“

mit hinaus nehmen. Dieser „Idealismus“ ist blind und geht schnell in die Brüche. Diese jungen Lehrer sollen an Menschen arbeiten. Wenn nun diese Menschen anfangen, den Ballast, den sie in den sechs Jahren auf sich häuften und häufen ließen, abzuräumen, — sehr schwierig, sehr langsam, mitunter sehr schmerzhaft —; wenn sie die ersten Versuche machen, sich Welt und Menschen einmal anzusehen, wie sie tatsächlich sind, und sich ihre Gedanken darüber zu machen; wenn sie sich an weltanschaulichen und politischen Bewegungen, die bisher als „schädlich“ sorgsam von ihnen ferngehalten wurden, heranwagen, um sich mit ihnen auseinanderzusetzen; wenn sie sich gar an die Frage wagen: „Ist der heute in der Schule geforderte Religionsunterricht nicht Unrecht?“ —; dann brechen ihre früheren Erzieher den Stab über sie:

### Freidenker fordern die Einheit der Arbeiterschaft.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Weimar des Deutschen Freidenkerverbandes wurde am 6. Februar eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die örtlichen Gruppen der Arbeiter-Parteien, die Kartelle des ADGB und Afa

sowie der Zentralvorstand des DFV in Berlin,

aufgefordert werden, endlich mit aller Kraft für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen den Faschismus sich einzusetzen. Schließlich wird in dieser Entschließung schärfster Kampf gegen die Mundtotmachung der Arbeiterpresse verlangt, und die Forderung an den Vorstand des DFV gestellt, er solle mindestens auf eine Listenverbindung von KP und SP bei den Reichstagswahlen hinwirken.

### Schluß mit dem Bruderkampf.

L. W. Auch in Sonneberg im Thüringer Wald waren nach Hitlers Regierungsantritt die Nationalisten aller Farben geschlossen aufmarschiert. Zu dem Gesang: „Wenn's Julenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut“ läuteten die Kirchenglocken.

Die Arbeiterschaft antwortete auf diese Kundgebung mit einer geschlossenen und wuchtigen Demonstration, die von der „Eisernen Front“ veranstaltet, aber von Anhängern aller Richtungen der Arbeiterschaft besucht wurde. Der Redner, ein Funktionär des DMV., forderte ernst und anständig zur Einheitsfront, zur Abstellung des Bruderkampfes und zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen den Faschismus auf.

Leider war es nicht gelungen, die Vorstände der Parteien dazu zu bewegen, die Veranstaltung schon unter dem Zeichen der geschlossenen Einheitsfront einzuberufen. Auch hier das alte Lied: Die Führer der Arbeiterschaft stehen noch nicht genug unter Druck, so daß sie den Zusammenschluß der Arbeiterschaft noch immer zu deren Schaden hinauszögern können.

### Papens Einheitsfront.

Wie es heißt, ist Papon darum bemüht, eine Einheitsliste der nicht nationalsozialistischen nationalen Gruppen zusammenzubringen. Die Reaktion hofft von diesem Plan, wie die „Börsenzeitung“ genau vorrechnet, die Ausnutzung der Stimmen aus der Umgebung der Volkspartei, also aller derer, die einen Nationalismus in gemilderten Formen wünschen, und die auf dem Weg der Papienschen Einheit für Hitler-Hugenberg gewonnen werden sollen.

„Sie sind entgleist.“ Sie machen sich bittere Vorwürfe darüber, daß sie nicht auch noch sorgfältig über den entlassenen Zögling wachten. Doch neuen Mut zur Arbeit gibt ihnen die Tatsache, daß es ja nur wenige sind, die „entgleisen“, daß die große Mehrzahl gut genug erzogen ist, um auf dem „richtigen“ Weg weiterzu-

gehen; daß bei der großen Mehrzahl der aufgehäuften Ballast ein so großes Quantum und Gewicht erreicht hat, daß alles andere darunter endgültig erstickt ist. Im Seminar Nagold ereignete sich im Jahre 1932 folgendes: Ein Schüler, der mit Kommunisten sympathisierte, weigerte sich, im Kirchenchor mitzusingen. Er wurde zum

Rektor gefordert. Dort berief er sich auf die Reichsverfassung. Der Rektor gab ihm zur Antwort, daß für ihn die Reichsverfassung ein Stück Papier sei.

Als diese Sache gelegentlich im Landtag laut wurde, ging der württembergische Kultusminister über die Sache hinweg, als hätte er nichts davon gehört.

Als in derselben Landtagssitzung die kommunistische Fraktion forderte, daß die Zustände in den Seminaren geprüft würden, weil dort allerlei Erstaunliches vorkomme, ging der Kultusminister auch darüber hinweg, ohne sich um die Klärung zu bemühen.

Es wurden folgende Vorkommnisse am Seminar Nagold genannt: Ein Seminarist beging Selbstmord und beschuldigte in einem zurückgelassenen Brief zwei seiner Lehrer; ein anderer Seminarist ist seit Herbst 1931 unauffindbar; ein dritter erlitt einen Nervenzusammenbruch; ein vierter floh aus dem Seminar.

Den Anlaß zur Erörterung dieser Vorkommnisse im Landtag gab der Ausschluß eines Seminaristen von der Lehrerbildung mit der Begründung, daß er sich parteipolitisch betätige. Er führe in seiner Wohnung politische Unterhaltungen; er nehme Urlaub, um zu einer Vorstellung der Piscator-Bühne und von „Cyankali“ zu gehen; er stehe in Verbindung mit der Bundesleitung des sozialistischen Schülerbundes; er beschäftige sich entgegen den Anweisungen des

Rektorats mit kommunistischer Literatur, er treibe kommunistische Propaganda im Seminar.

Die kommunistische Fraktion forderte im Landtag vom Staatsministerium, „dafür Sorge zu tragen, daß zukünftig die politische Gesinnung von Schülern der Lehrbildungsanstalten nicht mehr den Anlaß zu Maßregelungen geben darf“.

Der Kultusminister antwortete: „Die politische Gesinnung war noch nie Anlaß zur Maßregelung in der Schule. Verboten ist nicht nur jede kommunistische, sondern jede parteipolitische Betätigung. Grund für den Ausschluß des betreffenden Seminaristen war nicht seine politische Gesinnung, sondern sein Ungehorsam gegen Rektoratsvorschriften und Vorschriften des Kultusministeriums.“

Wie geschickt ein Kultusminister die Dinge drehen und wenden kann! Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Andererseits steht fest, daß in gewissen württembergischen Seminaren ganze Jahrgänge nationalsozialistisch verseucht sind, daß diese sich im Seminar stark parteipolitisch betätigen. Tatsache ist auch, daß hiergegen das Kultusministerium nichts tut. Als in jener Landtagssitzung gesagt wurde, das Ministerium sehe auf dem rechten Auge weniger scharf als auf dem linken, ging der Kultusminister darauf nicht ein.

Die württembergische Lehrerpresse schweigt über jene Ungerechtigkeit.

## Freiheit, so lange sie keiner benutzt.

Das vor einiger Zeit von der Regierung Gömböös aufgehobene Versammlungs- und Umzugsverbot für ganz Ungarn ist wieder in Kraft gesetzt worden, da von der Linken gegen die Steuer- und Sparmaßnahmen der Regierung protestiert wurde. Die von dem Faschisten Gömböös so viel gerühmte Freiheit gilt also auch nur so lange, wie niemand etwas gegen ihn sagt.

Am Dienstag abend fanden in mehreren Teilen Budapests Erwerbslosen-Kundgebungen statt, bei denen es zwar nicht zu ernstern Zwischenfällen, aber zu 50 Zwangsgestellungen kam.

## Die Versicherungsprämie.

Das Gesetz zur Garantierung der englischen 100-Millionen-Schilling-Anleihe an Oesterreich wurde am Dienstag in zweiter Lesung im Unterhaus angenommen. Der Finanzsekretär im Britischen Schatzamt erklärte, daß Oesterreich seine inneren Reformen, die eine Bedingung der Anleihe seien, befriedigend durchführe und auf das Bestmögliche versichert habe, die jährlichen Rückzahlungen zu leisten. Außerdem würde die gesamte Anleihe in England bleiben. (Sie dient nämlich lediglich dazu, Oesterreich in die Lage zu setzen, den 1931 zur Stützung der Credit-Anstalt von der Bank von England gewährten Kredit zurückzahlen.) Ein konservativer Abgeordneter meinte,

die Anleihe sei eine Versicherungsprämie gegen den Kommunismus in Mitteleuropa!

## Der richtige Mann am richtigen Platz.

Die deutsche Gesandtschaft in Wien hat der österreichischen Regierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung mit der Ernennung von Ingenieur Tauschitz zum österreichischen Gesandten in Berlin einverstanden ist. Wenn man erfährt, daß Tauschitz Fraktionsführer der Landbundfraktion im österreichischen Nationalrat ist, wird man nicht im Zweifel darüber sein, daß sich der neue Gesandte in deutschen Regierungskreisen ganz zu Hause fühlen und gemeinsam mit dem deutschen Wirtschaftsdiktator ersprießliche Arbeit im Interesse seiner Standesgenossen dies- und jenseits der Grenze leisten wird.

Ueberhaupt scheinen die Diplomaten in dieser Hinsicht gut ausgewählt zu sein: während Oesterreich einen Vertreter der Junker schickt, ist der französische Gesandte, François Poncelet, Vertreter der Schwerindustrie, insbesondere der Rüstungsindustrie, was im Falle der Durchsetzung der deutschen „Gleichberechtigung“ vielleicht nicht ungünstig ist.

Graf Apponyi, der ungarische Vertreter beim Völkerbund, ist in Genf an einem Grippeanfall gestorben.

## Vor einem französischen Ottawa?

Wie aus Paris berichtet wird, beabsichtigt Ministerpräsident Daladier, demnächst, nach dem britischen Muster, eine französische Reichswirtschaftskönferenz einzuberufen, die den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und seinen Kolonien zum Ziel hätte.

## Konflikt innerhalb der französischen SP.

Die sozialistische Kammerfraktion hat eine Resolution angenommen, in der sie ankündigt, daß sie noch vor dem nächsten Parteitag Berufung gegen den Beschluß der Landesratstagung der Partei einlegen wird, in dem die Mißbilligung der Haltung der Kammerfraktion gegenüber der Regierung ausgesprochen wird.

## Mussolini „wünscht den Frieden“.

### Besonderheiten faschistischer Ausdrucksweise.

Mussolini gewährte einem Sonderberichterstatter das französische Blatt „Intransigent“ eine Unterredung, in der er auf die „Lebensnotwendigkeit“ Italiens hinwies, „seine Freiheit zu wahren“, weil der östliche Teil des Mittelmeeres für das italienische Volk von größter Bedeutung sei. (Auf deutsch: Mussolini will sich nicht verpflichten, den Frieden mit Jugoslawien aufrechtzuerhalten, weil er auf jeden Fall Dalmatien haben will.)

Es gebe für Italien noch eine Reihe anderer lebenswichtiger Fragen, die bestimmt gelöst werden würden. Italien wünsche in Frieden zu leben. Dieser Frieden müsse jedoch auf Gegenseitigkeit beruhen. („Gegenseitigkeit“ bedeutet, daß die anderen Staaten dafür, daß Mussolini keinen Krieg anfängt, ihm seine Wünsche im Frieden erfüllen.)

Um auf dem Wege der internationalen Verständigung vorwärts zu kommen, sei es notwendig, daß einige Männer sich zusammensetzten, um offen miteinander zu reden.

Den neuen französischen Botschafter in Rom, de Jouvenel, bezeichnete Mussolini als einen realistischen Charakter. (Ein „realistischer Charakter“ ist ein Mann, der Verständnis für Mussolinis Interessen hat.)

## Ohne Offizierstresen und Kommandorufe.

Das holländische Panzerschiff „De Zeven Provinciën“, das von seiner Besatzung dem Kommandanten und dem größten Teil des Offizierkorps entführt worden ist, ist seinen Verfolgern noch immer nicht erlegen. Das Regierungsschiff, das die Verfolgung zuerst aufgenommen hatte, hat seinen Posten einem Kollegen abtreten müssen — die Feuerung ist ihm ausgegangen, natürlich ohne daß mitgeteilt wird, ob es stets nur für zwei Tage Heizmaterial aufnehmen kann, oder ob etwa die Heizer dieses Schiffes für die mitgenommenen Kohlen eine bessere Verwendung wußten als die, zur Festnahme der Aufrehrer beizutragen.

In Holland nimmt man die Meuterei ernst. Jedes Verhandeln mit den Aufrehrern ist abgelehnt worden. Die Regierung fordert bedingungslose Uebergabe, andernfalls werde sie mit Gewalt vorgehen. Aus Angst vor Ansteckungsgefahr hat der Verteidigungsminister den Angehörigen von Heer und Marine den Besitz und die Verbreitung sämtlicher sozialdemokratischer Zeitungen Hollands verboten!

# Japanischer Korruptionversuch in Genf.

Gu-n. Als am Montag abend der Genfer 19er-Ausschuß seinen überraschenden Beschluß gegen Japan faßte, indem er, dem Lytton-Bericht entsprechend, die Nichtanerkennung Mandschukos und die Oberhoheit Chinas über die Mandchurei forderte, da konnte man zunächst den Eindruck gewinnen, als ginge ein Aufatmen durch die Reihen aller Beteiligten; als sei Japan froh, endlich zu dem befreienden Entschluß zu kommen, den Völkerbund zu verlassen und in Zukunft seine imperialistische Politik ohne die mißtönende Begleitmusik von Genf zu betreiben; als seien andererseits die Völkerbunds-Großmächte, vor allem England, erleichtert über die Aussicht, in absehbarer Zeit die Genfer Unterhaltungen ohne den kompromittierenden Partner aus Tokio weiterführen zu können — ohne diesen Partner, dessen weiteren militärischen Eroberungszug die Völkerbundsgrößen während des Jahres 1933 voraussichtlich nicht zum Stillstand bringen werden. Der Eindruck, daß Japan nun energisch auf den Austritt aus dem Völkerbund lossteuern werde, wurde verstärkt durch die Kundgebungen aller nationalistischen Verbände und Parteien in Tokio. Gleich am Dienstag gaben diese Massenkundgebungen, die mit Rundfunk im Lande verbreitet wurden, auf den Genfer Beschluß die Antwort: sofort solle die Regierung den Austritt aus dem Völkerbund einleiten.

Ueberraschend wie der Genfer Beschluß war zunächst die Reaktion der japanischen Regierung.

Natürlich hat sie den Genfer Beschluß als unannehmbar bezeichnet. Natürlich hat der „Ministerpräsident“ von Mandschukuo (lies: der japanische Beauftragte in der Mandchurei) erklärt: die Beschlüsse des 19er-Ausschusses hätten keinen praktischen Wert; die „Selbständigkeit“ Mandschukos sei durch das mandchurisch-japanische Protokoll von 1932 gesichert; die militärische Aktion in Jehol werde durch den Genfer Beschluß nicht berührt. Aber:

1. Der Kriegsminister Araki, einer der schärfsten imperialistischen Wortführer in Tokio, erklärte der Presse: für einen Austritt Japans aus dem Völkerbund läge bisher kein Anlaß vor;

die japanische Regierung habe Maßnahmen getroffen, um Genf zu überzeugen, daß die neuen Beschlüsse ungeeignet seien, die politische Lage im Fernen Osten zu entspannen. Welches sind diese Maßnahmen? Man kann sie in folgendem vermuten:

2. Matsuo, der japanische Vertreter beim Völkerbund, hat dem Generalsekretär in einer neuen Note gewisse Zugeständnisse der japanischen Regierung unterbreitet;

in bezug auf Mandschukuo z. B. folgenden Kompromißvorschlag: der Abschlußbericht der Völkerbundsversammlung solle die Möglichkeit einer künftigen Anerkennung Mandschukos offen lassen; diese Anerkennung solle von der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängig gemacht werden.

Wie eine solche „Entwicklung“ gelenkt wird, ist in Europa bekannt; wir erinnern an die Ansiedlungspolitik, die die deutsche Regierung vor dem Weltkriege in den östlichen Provinzen gegen Polen betrieben hat; wir erinnern daran, daß nach dem Weltkriege die polnische Verwaltung aus dem Korridor Deutsche hinausgeschickt hat, deren Zahl auf eine Million geschätzt wird.

Der Tatbestand, daß Japan seine Okkupation in der Mandchurei befestigt und nach Nordchina weitertreibt, würde also durch das neue „Zugeständnis“ nicht im mindesten geändert werden.

Immerhin aber hat es den Anschein, daß Kreise im japanischen Regierungslager auf einen Austritt aus dem Völkerbund keinen Wert legen, solange dieser sich das beschämende Spiel weiter bieten läßt. Kreise im Regierungslager; denn im ganzen scheint keine Einigkeit zu bestehen. Offiziell wird bereits die Nachricht demontiert, daß Matsuo von seinem Posten in Genf zurücktreten werde. Das amtliche Dementi aus Tokio sagt: Matsuo bleibe in Genf trotz Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Außenminister Utschida.

# Aus der Folterkammer der herrschenden Klasse

Ein Blick auf die Behandlung von Arbeitern im Gefängnis in Jugoslawien kann unsere realistische Phantasie stärken, damit wir uns ausmalen können, was der Arbeiterbewegung noch blühen kann. Aus den „Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen“, herausgegeben von einer durch die Sozialistische Arbeiter-Internationale eingesetzten Untersuchungskommission, entnehmen wir folgenden Bericht:

„Zwei österreichische Staatsbürger, Max Rappold und Raimund Karbeutz, wurden auf einer Autofahrt in Jugoslawien am 26. April 1932 von der jugoslawischen Polizei in Cilli verhaftet. Es wurde ihnen zur Last gelegt, kommunistische Schriften und Broschüren in ihrem Auto über die Grenze gebracht zu haben.“ Am 30. September fand der Prozeß statt. „Max Rappold wurde zu 3 Jahren Kerker verurteilt. Raimund Karbeutz wurde freigesprochen und auf freien Fuß gesetzt. Er ist nach Oesterreich (Kärnten) zurückgekehrt und erzählt von seinen Erlebnissen in den jugoslawischen Gefängnissen folgendes:

## Perverse Schinder als Polizisten.

„Gleich nach der Verhaftung in Cilli wurden Rappold und Karbeutz zur Polizei nach Agram überstellt. Dort wurden sie vom 27. April bis 21. Juni in Einzelzellen gefangen gehalten. Schlafen mußten sie auf dem Steinboden. Eine Decke bekamen sie nicht. Ihre Tagesverpflegung bestand aus zehn Dekagramm Brot und einigen im Wasser gekochten Bohnen. Sie wurden jeden Tag grausam gefoltert.

Man band ihnen einen Strick um den Kopf, und zwar unter der Nase, fesselte ihre Hände am Rücken und hängte sie so auf. In diesem Zustand wurden sie mit Gummiknüppeln, Ochsenzähnen und einem eigens hergerichteten, peitschenähnlichen Werkzeug auf den nackten Körper geschlagen und dabei verhört.

Nach jedem Worte gab es ausgiebige Schläge. Die Hiebe fielen auf den Körper, besonders aber auf den Kopf und die Fußsohlen. Ihre Körper waren blau und schwarz von Beulen und Blutunterlaufungen. Infolge der erlittenen Schläge war Rappold einmal zwei Tage und Karbeutz vier Tage lang halb besinnungslos.

## Eigene Folterkammern.

In der Polizeikaserne befinden sich unter dem Dachraum eigene Räume, die als Folterkammern dienen, weil von dort die Hilferufe der Gemarterten nicht nach außen dringen können. Jeden Morgen erhielten die Gefangenen an Stelle eines Frühstückes eine Tracht Prügel.

Die Prügel teilten abwechselnd Detektive, Aufseher und Polizisten aus. Karbeutz erklärt, daß die Mißhandlungen so raffiniert und gemein waren, daß jeder anständige Mensch empört wäre, wenn solche Quälereien an Tieren vorgenommen würden.

Eine sozialdemokratische Interpellation im Nationalrat hatte zur Folge, daß der österreichische Konsul die Gefangenen im Arrest besuchte. Bei seinem Besuch waren aber so viel Detektive anwesend, daß es den Gefangenen nicht möglich war, dem Konsul etwas über die Mißhandlungen zu erzählen. Der Konsul hinterließ für die zwei österreichischen Staatsbürger hundert Schilling, wofür dann Rappold und Karbeutz zweimal je 25 Dekagramm Speck und ein Kilogramm Brot erhielten. Am 21. Juni wurden Rappold und Karbeutz in das Agramer Gefängnis eingeliefert. Dort gab es keine Mißhandlungen mehr, und auch die Verpflegung war merklich besser. Am 27. September kamen sie in ein politisches Gefängnis im Ausnahmegericht in Belgrad, wo es ihnen verhältnismäßig gut ging.

Ein weiterer Bericht aus den „Mitteilungen“ ergibt ein ähnliches Bild:

„Im Zuchthaus von Mitrovica in Jugoslawien wurden gegen die politischen Gefangenen eine ganze Reihe von Repressalien eingeführt. Sowohl legale Disziplinarstrafen als auch das Schlagen mit dem Gewehrkolben und sonstige Folterungen sind eine alltägliche Erscheinung geworden. Die Nahrung wurde verschlechtert, die Versorgung mit Büchern sogar aus der Zuchthausbibliothek eingestellt. Da die Begünstigung der bedingten Entlassung den politischen Gefangenen niemals gewährt wird, werden sie nun in jeder Beziehung viel schlechter behandelt als die gemeinen Verbrecher. Ein Inspektor des jugoslawischen Justizministeriums hat sich erfrecht, vor etwa zwei Monaten den politischen Gefangenen in Mitrovica zu erklären, daß

viele von ihnen nicht lebend aus dem Zuchthaus herauskommen werden.

Als Folge dieser Behandlung sind Mitte November mehr als hundert politische Gefangene in Mitrovica in den Hungerstreik getreten.

Ihre Forderungen sind: Sicherheit des Lebens der politischen Gefangenen, Aufhören der Folterungen, Zulassung von Büchern, Beheizung der Zellen und Verbesserung der Nahrung.

Selbstverständlich darf die jugoslawische Presse kein Wort über diese Zustände veröffentlichen. Dabei ist dies seit dem Jahre 1929 allein in Mitrovica schon der vierte Hungerstreik der politischen Gefangenen.“

# Einheitsdemonstration der Berliner Arbeiterschaft

## Stärkt die Einheit trotz der Bonzen!

Hr. Der Lustgarten faßte die Menge der Demonstranten nicht. Viele Züge blieben in den Zugangsstraßen stehen, weil der Platz von Teilnehmern schon gedrängt voll war. Neben den drei Pfeilen auf Fahnen und Abzeichen begegnete man immer wieder Menschen, die die beiden roten Fahnen der „Antifa“ trugen. Dieses schöne Nebeneinander der beiden antifaschistischen Zeichen bildete immer von Neuem den Gesprächsgegenstand der Demonstranten. Vor mir, neben mir, hinter mir, immer wieder Bemerkungen: „Viele Kommunisten sind da!“ „Freiheit!“ „Rot Front!“

Die Musik schwieg. Künstler eröffnete die Kundgebung der „Eisernen Front“. Er gedachte der Toten, die in diesen Tagen nationalsozialistischen Mördern zum Opfer gefallen sind. Aber er nannte — außer der Wirtin der „Pappschachtel“ — nur die getöteten Sozialdemokraten und Reichsbannerleute. Die in diesen Tagen ermordeten Kommunisten (Kollatsch, Berlin; Weckmann, Duisburg-Hamborn; Leuschner, Harburg-Wilhelmsburg) wurden nicht erwähnt!

Wels erhielt das Wort. Ehe er seine Rede beginnen konnte, tönten von der Schloßfreiheit herüber immer stärker werdende Rufe: „Rot Front!“ Es war klar, ein geschlossener Trupp kommunistischer Arbeiter kam heran. Dann plötzlich, dicht vor dem Schloß, nahe der Rednertribüne, auf der Wels bereitstand, eine laute und klare Stimme:

„Wir begrüßen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei mit einem dreifachen . . .“ die Gruppe fällt ein: „Rot Front! Rot Front! Rot Front!“

Lauter Beifall der umstehenden sozialdemokratischen Arbeiter. Wels hat auf diesen Gruß nicht einmal geantwortet.

Es war eine traurige Rede, der sinnlose und erbärmliche Versuch, angesichts der katastrophalen Niederlage und des Versagens der Arbeiterbewegung die eigenen Hände in Unschuld zu waschen und sozialdemokratische Leistungen zu feiern. Die Aufgaben, die heute vor der Arbeiterschaft liegen und ihr — bei Strafe des Versinkens in völlige Barbarei — die einheitliche und geschlossene Abwehr des Faschismus gebieten, werden durch diese alberne, nein: verbrecherische Selbstbespiegelung unmittelbar boykottiert:

Nichts von der Solidarität und dem Einheitswillen, der in dieser Demonstration seinen Ausdruck gefunden hatte,

klang in der Rede wieder. Wels schimpfte zwar nicht, aber schäbiger noch als jedes grobe Wort: er tat, als gäbe es keine KP. Er protestierte gegen das Verbot des „Vorwärts“; daß die „Rote Fahne“ dasselbe Schicksal getroffen hatte, wurde nicht einmal erwähnt.

Und nichts von Kampfwillen und Widerstand gegen die Vorstöße der Reaktion!

Das Außerkraftsetzen der Entscheidung des Staatsgerichtshofs, die sozialdemokratischen Ministern einen bescheidenen Rest der ihnen zustehenden Befugnisse sicherte, veranlaßte den Vorsitzenden dieser Partei nur zu dem Seufzer: „Notverordnung über Notverordnung!“

Die Demonstration mußte — auf polizeilichen Befehl! — schon im Lustgarten aufgelöst werden. Geschlossene Rückzüge waren nicht gestattet. Es war ein müdes Auseinandergehen, ohne Kraft und Schwung. Und doch waren Tausende, Zehntausende von Menschen hier zusammengekommen, große Scharen unter ihnen mit dem festen und klaren Willen zum einheitlichen, entschlossenen Vorgehen. Warum gelingt es nicht, die Bereitschaft zur Einheit der Arbeiterschaft und zur Abwehr des Feindes so zu stählen und zum Durchbruch zu bringen, daß gemeinsame Kampfaktionen erzwungen werden? Warum ist es bis heute nicht gelungen, die einfache und zur Zeit am nächsten liegende Aufgabe zu lösen, die Listen 2 und 3 der Reichstagswahlvorschläge zu einer einzigen Arbeiterliste zusammenzubringen?

Im Lustgarten war es die Sabotage der SP-Bonzen, die die Mobilisierung der Kraft und des Kampfeswillens der Massen verhindert hat. Es ist noch Zeit, eine derartige Sabotage der Einheitsaufgabe für den 5. März zu durchkreuzen. Fort mit den Saboteuren der Einheitsfront! Fordert und erzwingt zum 5. März die Einheitsliste der Arbeiterschaft!



### Der Streit der Parteilinstanzen.

Zu Beginn der Kundgebung fand — unbemerkt von den meisten Demonstranten — ein Zwischenspiel statt, das schon am nächsten Morgen wieder den Organen von KP und SP Gelegenheit gibt, gegen einander, statt gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen.

Die „Rote Fahne“ berichtet: „Im Auftrag der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Berlin-Brandenburg begab sich vor Beginn der SPD-Veranstaltung der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion, Genosse Ernst Torgler, im Lustgarten zur SPD-Führung und verlangte, vor den SPD-Arbeitern eine Einheitsfronterklärung abgeben zu können.“

Wendt vom Bezirksvorstand der SPD erwiderte: „Da hätten Sie vorher kommen sollen!“ Genosse Torgler ließ aber nicht locker, gab Wendt sogar den Wortlaut der Erklärung . . . . Wendt begab sich zu Wels und Künstler, kam aber schon nach wenigen Augenblicken zurück mit dem Bescheid: „Ausgeschlossen! Da hätten Sie heute mittag kommen sollen!“

Der „Vorwärts“ schreibt: „Später erfuhr man, daß der kommunistische Abgeordnete Torgler von der Versammlungsleitung unmittelbar vor Beginn der Veranstaltung verlangt hatte, sie solle ihm

das Wort geben, damit er das Flugblatt verlesen könne. Die Versammlungsleitung hat das mit Recht abgelehnt. Bekam Torgler das Wort, so bestand die Gefahr, daß die Polizei eingriff, was angesichts der ungeheuren Menschenmenge zu unabsehbaren Konsequenzen führen konnte.“

Der kommunistische Aufruf, den Torgler verlesen wollte, lautete:

„Sozialdemokratische Klassengenossen! Kameraden des Reichsbanners und der ‚Eisernen Front‘!

Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg richtet den offenen Faschismus in Deutschland auf. . . . Wir müssen deshalb sofort die Einheitsfront zum gemeinsamen Kampfe schließen. Es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, um Lohn und Brot.

Die Kommunistische Partei will diese Einheitsfront aller Werktätigen. Sie will sie um des Kampfes willen.

Sie hat in dieser Zeit wiederholt das Angebot an die Sozialdemokratie, an die freien und christlichen Gewerkschaften gerichtet, gemeinsam die Arbeiterschaft gegen den Faschismus und gegen das Unternehmertum aufzurufen.

In diesen Stunden der höchsten Gefahr wendet sich die Kommunistische Partei erneut an euch in der Sozialdemokratie, in den freien und christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter. . . .

Tretet deshalb sofort in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in allen Wohngebieten zu gemeinsamen Versammlungen und zur Bildung der Kampforgane zusammen. . . .

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront aller Werktätigen!

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei.“

An solchen kindischen Streitereien gehen Einheitsaktionen kaputt: Die Kommunisten bringen ihr Angebot so an, daß bei den notverordneten Anmeldeverpflichtungen das Eingehen auf ihre Forderungen das Aufliegen der Kundgebung mehr als wahrscheinlich gemacht hätte, und die Sozialdemokraten nehmen das zum Anlaß, das Angebot überhaupt totzuschweigen, statt ihm und dem in der Versammlung lebendigen Einheitswillen ein starkes und reines Echo zu geben.

## Woran eine Einheitsfront scheitern kann.

Am 21. Januar berichteten wir über die Verhandlungen, die zwischen den französischen Arbeiterparteien stattgefunden haben mit dem Ziel, eine gemeinsame öffentliche Diskussion zustandezubringen. Diese Verhandlungen sind durch einen Brief, den Thorez, der Sekretär der KPF am 6. Februar an Paul Faure, den Sekretär der SFIO gesandt hat, abgebrochen worden. Thorez stützt sich vor allem auf einen Artikel, den Lebas, ein Mitglied des Vorstandes der SFIO, in einer sozialistischen Zeitschrift geschrieben hat und in dem er angeblich die Bedingungen der Kommunisten glatt ablehnt. Den Sozialisten werden dann ihre Verhandlungen mit bürgerlichen Parteien vorgeworfen, „die den Zweck haben, deren Klassenziele zu fördern und so vor den Arbeitern die Handlungen Ihrer Partei zu verdecken, die zweifellos gegen das Proletariat gerichtet sind . . .“

Wir wollen dieses Dokument nicht weiter zitieren und auch nicht auf den danebenstehenden Artikel eingehen, in dem u. a. damit, daß ein sozialistischer Abgeordneter Vorsitzender der Kammer ist, bewiesen wird, daß die Sozialisten keine Klassenpolitik treiben. Trotz dieses Ausgangs der Einheitsverhandlungen, der zeigt, daß der Druck auf die Führer beider Parteien, die in Frankreich gleich dickschädlig sind wie die in Deutschland, noch nicht genügt hat, bleiben wir bei unserem Urteil, daß es ein Erfolg ist, wenn wenigstens der Versuch unternommen wird, eine Verständigung der Parteivorstände zustandezubringen. Und wenn in diesem Fall die weitere Bedingung der Einheitsfront, nämlich der ehrliche Wille der verantwortlichen Führer, sie zustandezubringen, wenigstens auf einer Seite nicht vorhanden war, so zeigt die

Tatsache, daß die Führer der Arbeiterparteien sich trotzdem zusammengesetzt haben, daß die Arbeiter die Einheitsfront fordern und daß

sie die Führer, wenn diese Forderung noch energischer angemeldet wird, in eine Einheitsfront hineinzwingen können.

Auf die Unhaltbarkeit der bisherigen Organisation der Arbeitslosenfürsorge hat der Landkreistag in einem Schreiben an den Reichskanzler hingewiesen. Das fortdauernde Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen bedrohe die Finanzlage der Landkreise auf das Ernsteste. Die bisherige Dreiteilung der Arbeitslosenhilfe sei aus finanziellen, fürsorge- und verwaltungspolitischen Gründen nicht mehr erträglich. Es müsse eine Zusammenfassung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge finanziell und organisatorisch erfolgen.

### Gegen kommunistische Schriften.

In Leipzig beschlagnahmte die Polizei in den Räumen der kommunistischen Bezirksleitung und in der Wohnung eines früheren Mitgliedes der Bezirksleitung etwa 2000 „hochverräterische und illegale“ Schriften. Eine Person wurde verhaftet.

Ein aus Kassel kommender Lastkraftwagen mit kommunistischen Schriften (16 Zentner, 120 000 Stück) wurde auf die Angaben des Kasseler SA-Führers in Berlin beschlagnahmt.

Die Chemnitzer kommunistische Zeitung „Der Kämpfer“ ist wegen Aufforderung zum Generalstreik beschlagnahmt worden.

A. M. FREY

22

## DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kloppehauer Verlag AG. Berlin.

Im Arzunterstand sagt er: „Das ist ein ekelhafter Heimtucker, dieser Pöffel da! Meinen S, er war damisch, oder war er unverschämte, der Hannes?“

Funk beiläufig sich zu versichern, der Mann sei gewiß schlafbefangen gewesen.

„Ich kenn' ihn lang“, sagt Lipp sinnend. „Er ist ein verbitterter Mensch. Er ist seit Anfang dabei. Er hat Pech gehabt. Im Herbst vierzehn wird er schwerverwundet — durch einen Unfall: im Ruhequartier läßt beim Putzen der Nebenmann sein unentladenes Gewehr losgehen. Der Schuß schlägt dem Pöffel durch die Brust. Aber er wird völlig wiedergestellt und kommt wieder ins Feld und macht wieder Dienst. Wär' die Kugel eine englische oder eine französische gewesen, so hätt' er längst das Eisene Kreuz. Das wurmt ihn.“

Zum erstmalig in den Gesprächen mit Lipp horcht Funk auf. „Und weshalb hat er es nicht bekommen?“

„Das begreifen Sie nicht?“ fragt Lipp unwillig. „Hier handelt sich's doch nur um ein Unglück. Ebensogut hätte er von einer Leiter fallen oder einen Schuhnagel mit dem Essen verschlucken können. Dafür wird man nicht dekoriert. Wo sollte sonst haltgemacht werden? Weshalb dann nicht auch Blinddarmoperierte oder Furunkelmatadore auszeichnen?“

„Die gehörten freilich alle ausgezeichnet“, sagt Funk halblaut.

„Aber Sie sind gut!“ grüßt der Stabsarzt. „Wo bleibt dann der Begriff des Helden?“

„Ja, — wo bleibt der?“ erwiderte Funk.

Lipp ist baff. „Erlauben Sie, ich selber habo um den Sanitätsorden eingegeben.“

Funk hat schon gemerkt, man kann manches riskieren. „Ich habe die Leistungen des Herrn Stabsarztes selbstverständlich nicht in Frage ziehen wollen“, entschuldigte er sich kühl.

„Wieso ist auf einmal von mir die Rede! Ich muß schon sagen . . .!“ schreit Lipp.

Funk beschwichtigt: „Wir sind über den Begriff des Helden auf Persönliches gekommen. Uebrigens nicht durch mich, Herr Stabsarzt. Der heutige Held — erleidet er nicht sozusagen immer nur Unfälle? Wenn ich in die Stellung gehe und heil zurückkomme — habe ich Glück gehabt so, wie der Pöffel damals Pech gehabt hat.“

Der Stabsarzt spricht überlegen durch die Hakennase: „Sie sind ein Jesuit, Funk. Ein Sophist, scheint mir. Es bleibt doch immer der Wille zur Leistung — bei denen, die belohnt werden sollen.“

„Nehmen wir's an, Herr Stabsarzt. Aber der Wille zur Leistung war beim Pöffel — und bei jedem hier draußen — der Wille, Soldat zu sein, die Bereitschaft, Soldatisches auf sich zu nehmen. Diese Bereitschaft dann in Einzelheiten zu zerlegen, von denen die eine als heldisch, die andere als profan angesprochen wird, geht nicht an.“

„Haben Sie Philosophie studiert, Funk?“

„Nein, ein paar Semester Jus.“

„Gottlob. Sie müßten sich sonst von ihrem Professor das Lehrgeld wieder herausgeben lassen. Sie treiben Silbenteicherei. Nichts können wir im Augenblick weniger gebrauchen als theoretisches Gestrüpp. Ich, sehen Sie — ich arbeite praktisch, und zwar gegen ganz reales Gestrüpp. Haben S' schon was von meinen Gärten in Fournes gehört?“

Funk bejaht aufatmend. Ihm ist es recht, daß abgesehen wird ins Alltägliche.

Lipp kommt hervor aus dem großen Polstersessel, er durchwandert seinen Unterstand, er geht federnd um sein Bett herum, das mitten im Wege steht mitsam den vier Feldkesseln. Er belebt sich, sein Faungesicht beginnt stolz zu grinsen, er reitet sein Steckenpferd in allen Gängen: „Die Gärten werden Sie ja selber bald kennenlernen. Das heißt, in dieser Jahreszeit ist nicht viel los. Ich zieh' nur einiges

in Glashäusern, die geheizt werden — jawohl, das hab' ich zuwege gebracht! Aber im vergangenen Sommer und vor einem Monat noch hätten Sie sehen sollen, was alles unter meiner Hand gewachsen ist. — Ich weiß schon: von gewisser Seite her heißt es, ich kümmerge mich nicht genügend um den Hannes, wenn er krank ist. Alles Unsinn, zum Beispiel diese Furunkelbehandlung. Man kann mir nicht zumuten, daß ich die Tage damit verbringe, Abszesse wie meine Erdbeeren zum Reifen zu verlocken, sie dann liebevoll zu öffnen und den Eitorbaz zärtlich in Wattebäuschchen zu drücken. Wie mich's ankotzt, das ehrgeizige Getue der Herren Kollegen: der eine brennt sie aus, seine verehrten Furunkel — no, der ist ja jetzt erledigt —, der andere umwickelt seine angebeteten, der dritte hat mal was gehört von Höhen Sonne und läßt die ramponierten Haxen in die frische Luft betten. Alles Mist — wenn sie Spinnweben darüber breiten, ist für den Verlauf schließlich auch etwas getan. — Wer aber tut wirklich was für den Gesundheitszustand der Truppe? Schauen Sie, ich, Funk! Die ganzen Stoffwechselkrankheiten, mit denen wir zu kämpfen haben, rühren daher, daß der Soldat sich egal Büchsenfleisch in den Wanst schlagen muß und kein frisches Gemüse zu kauen kriegt. Wer baut Gemüse an, unermüdlich, Tag und Nacht? Ich.“

„Herr Stabsarzt liefern an die Feldküchen?“

„An die — vorerst in der Hauptsache an die Stäbe. Es ist nicht leicht, ausreichende Quantitäten zu erzeugen. Dem Feldlazarett habe ich übrigens Obst hintergeschickt, jawohl, Waschkörbe voll Ananas-erdbeeren.“

Funk erinnert sich, von den Erdbeerfeldern des Stabsarztes gehört zu haben. Ein Lazarettsoldat ist eines Tages aus irgendeinem Grund nach vorn gekommen und hat den Krankenträger erzählt: „Ihr könnt euerm Ober sagen: bis seine Erdbeeren hinten bei uns angekommen sind, war die Hälfte weggestohlen und der Rest ein matschiger Brei, der in die Latrine geschütt' worden ist.“ — Funk sieht den Arzt grübelnd an, er hat Lust zu reden, aber er findet die Form nicht. Lipp hat ein gutes Witterungsvermögen. Er spürt, daß etwas nicht in Ordnung ist. Plötzlich schickt er Funk fort: er müsse Briefe schreiben. — (Fortsetzung folgt.)

